

WORKFARE IS NOT FAIR

AGENTURSCHLUSS DIE FORTSETZUNG | Gegen Lohndumping und Zwangsdienste – Ein-Euro-Jobs stoppen!

EDITORIAL

Allein machen sie dich ein

Auch wenn wir für altmodisch gehalten werden, wenn wir wieder offensiver von Solidarität, von gegenseitiger Hilfe, von sozialer Gleichheit und weltweiter sozialer Gerechtigkeit reden. Der Kampf gegen Hartz IV und die Workfarepolitik der rot-grün-schwarzen Bundesregierung ist auch ein Kampf gegen Entwürdigung und Entrechtung unseres Lebens.

Mit dieser Zeitung wollen wir den Basisgruppen überall im Land Material und vor allem einen Fragebogen an die Hand geben, für eine angelegte Untersuchungsarbeit auf den Arbeitsämtern, in den Stadtteilen und auf den Ein-Euro Einsatzstellen. Wenn wir wissen, was passiert, wer die Akteure der Hartz IV Umsetzung sind, können wir in gemeinsamen Aktionen dem vermeintlich anonymen Apparat entgegen treten. Unser Traum von Agenturschluss ist noch lange nicht ausgeträumt. Er braucht aber einen langen Atem nicht nur auf den Montagsdemos in Ost und West, auf den Ein-Euro-Job-Spaziergängen oder auf den Erwerbslosenversammlungen. Wir brauchen einen langen Atem gerade auch für eine konkretere Vorstellung von einem anderen Leben jenseits des real existierenden Kapitalismus. Wir brauchen Utopien, die in unseren Aktionen lebendig werden. Wir müssen in unseren Aktionen unsere eigene Ohnmacht bekämpfen.

Was auf unsere Agenda gehört, ist eine „Grundsicherung“, die ihren Namen verdient, Schaffung anderer gesellschaftlich sinnvoller Arbeit und anderer, von den Arbeitenden selbst bestimmte Arbeitsplätze, überfällige Arbeitszeitverkürzungen. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen als gleiche und freie Personen ohne existenzielle Ängste leben können. Ein bedingungsloses Grundeinkommen soll die Menschen frei machen. Sie müssen nicht mehr, gekrümmt und verängstigt, jede Arbeit nehmen, die bezahlt wird.

Der Kampf für ein Grundeinkommen ohne Bedingungen und Gegenleistung müssen wir verbinden mit Aktivitäten gegen Lohndumping und „freie“ Niedriglohnssektoren. Und vielleicht ersetzen wir auch das auf den Demos viel gehörte „wir wollen Arbeit“ durch „wir wollen anders leben und anders arbeiten“ und beginnen massenhaft mit der Instandbesetzung von gesellschaftlich sinnvollen und konsensfähigen Arbeitsplätzen.



Seit Oktober letzten Jahres gibt es sie: Ein-Euro Jobs – „freiwillig“ wie die vermittlungswilligen Wohlfahrtsverbände unermüdlich betonten. Seit Januar ist es vorbei mit der vermeintlichen Freiwilligkeit. Wer nun einen Ein-Euro Job ablehnt, bekommt je Verweigerung eine heftige Kürzung seines knappen Arbeitslosengeldes II. Viel entscheidender ist jedoch: mangels alternativer Zuverdienstmöglichkeiten (neben Schwarzarbeit) sind viele Arbeitslosengeld-II-EmpfängerInnen gezwungen, eine solche Arbeitsgelegenheit für zusätzliche 1 bis 1,5 Euro anzunehmen. Wer dies angesichts eines Arbeitslosengeldes II, von dem allein die meisten definitiv nicht leben können, „freiwillig“ nennt, argumentiert zynisch und unsozial.

Genau das tun Sozialverbände wie Caritas, Diakonie, Deutsches Rotes Kreuz, Arbeiterwohlfahrt und Paritätischer Wohlfahrtsverband sowie viele kommunale Beschäftigungsträger und diverse Verbände und Vereine. Viele Arbeitslosenzentren wollen bei Ein-Euro Stellen nicht nein sagen und die von den Arbeitsagenturen gezahlten Kopfprämien pro angebotener „Arbeitsgelegenheit“ zusätzlich zur kostenlosen Arbeitskraft einstreichen. Selbst linke Kulturzentren bemühen sich trotz Bauchschmerzen mit dem so unterstützten Lohndumping und dem unausweichlichen Zwangscharakter um die Einrichtung von Ein-Euro Jobs.

Bei so breiter Akzeptanz fiel es den deutschen Medien bislang nicht schwer, das Bild der „glücklichen“ Ein-Euro JobberInnen zu zeichnen. Doch es macht sich Unmut breit – sowohl unter den Arbeitslosen als auch unter den (noch) Beschäftigten:

Denn mit der vermeintlichen „Zusätzlichkeit“ vieler bereits geschaffener 1 Euro Jobs wird es nicht so genau genommen. Neben Lohndumping gibt es also auch den Effekt der unmittelbaren Verdrängung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen. In mehreren uns bekannten Fällen wurde MitarbeiterInnen im Bereich der Altenpflege gekündigt und deren Stelle nachweislich als Ein-Euro Job neubesetzt.

Ganz im Sinne derer, die eine Ausweitung der Ein-Euro Jobs auf privatwirtschaftliche Betriebe fordern, werden mehr und mehr Fälle bekannt, in denen bereits jetzt private Unternehmen Ein-Euro-JobberInnen nutzen. Die Bedingung an einen Ein-Euro-Job, er müsse „im öffentlichen Interesse“ sein, wird so großzügig ausgelegt, dass zum Beispiel ein kommerzielles Unternehmen für Krankentransporte in Köln einen fest angestellten Mitarbeiter durch einen Mann ersetzt hat, der bei einem Krankenhaus auf 1-Euro-Basis arbeitet und von diesem „weiterverliehen“ wird.

Das vorgebliche Ziel, die Integration in den ersten Arbeitsmarkt, ist angesichts der hohen Massenarbeitslosigkeit und der faktisch nicht gegebenen Qualifizierungsmöglichkeiten nichts als haltlose Propaganda, mit der die Zwangsdienste schönegeredet und die Erwerbslosen „motiviert“ werden sollen.

In der Praxis könnte es sein, dass Ein-Euro JobberInnen eine Arbeitsgelegenheit nach der anderen durchlaufen.

Bei den Ein-Euro Jobs handelt es sich keineswegs um reguläre Arbeitsplätze, sondern um entrechtete und entgarantierte Zwangsdienste. Denn es gibt keinen Arbeitsvertrag, keinen Anspruch auf Lohnfortzahlung bei Krankheit oder Urlaub, keine tarifliche Entlohnung, kein Streikrecht, keinen Kündigungsschutz und keine Möglichkeit, Renten- oder Arbeitslosenversicherungsanspruch aufzubauen.

Die verschärfte Repression „Keine soziale Hilfeleistung ohne Gegenleistung“ (workfare), die durch die Ein-Euro Jobs auf die Spitze getrieben wird, wirkt disziplinierend und aussondend zugleich. Wer den Forderungen nicht nachkommt, wird gänzlich ausgemustert, verliert alle Ansprüche. Durch immer mehr unzumutbare und erzwungene Regeln werden immer mehr Verstöße gegen diese Regeln provoziert. Immer mehr Menschen werden daher aus den sozialen Sicherungssystemen herausgedrängt.

Wir halten es für notwendig und aussichtsreich, in der Einführungsphase gegen diese entrechteten Pflichtdienste und damit gegen ein wesentliches Instrument dieses verschärfen workfare mobil zu machen. Wir rufen auf, uns im Sinne einer kollektiven Selbstverteidigung gegen diese Zumutung zu wehren. Unsere Erfahrungen aus dem Auftakt der **Agenturschluss-Initiative** am 3. Januar 05 haben gezeigt, dass sozialer Widerstand in diesem Bereich noch stärker an Alltagspraxis gewinnen und sich mehr an den konkreten Bedingungen auf dem Arbeitsamt bzw. in den Ein-Euro Beschäftigungsstellen orientieren muss.

- Wir rufen Euch auf, die Ein-Euro-Job Profiteure öffentlich zu machen! Agenturschluss sucht schwarze Schafe (= Kopfgeldjäger) und listet die Beschäftigungs- und Koordinierungsstellen unter www.labournet.de/agenturschluss
- Untersuchungs-„Spaziergänge“ zu diesen Ein-Euro-Arbeitsstellen sind nützlich, um mit den dort Beschäftigten zu diskutieren und die Geschäftsführung mit unserem politischen Widerstand zu konfrontieren. Solche Besuche sind gleichermaßen Teil der Recherche wie auch direkte Intervention. Mit einer Umfrage (www.labournet.de/agenturschluss/fragebogen.html) wollen wir die Bedingungen in der ARGE (der für die Arbeitslosengeld-II-EmpfängerInnen zuständigen Arbeitsgemeinschaft aus Kommune und Arbeitsagentur) und in den Ein-Euro Beschäftigungsstellen untersuchen und dokumentieren.
- Wir fordern alle MitarbeiterInnenvertretungen, Betriebs- und Personalräte auf, die Einführung von Ein-Euro-Jobs in ihren Betrieben zu verhindern. Ein-Euro Jobs sind mitbestimmungspflichtig!
- Dort, wo die Ein-Euro Jobs nicht verhindert werden konnten, fordern wir ausreichende Beratungs- und

Organisierungsmöglichkeiten für Ein-Euro JobberInnen. Diese Minimalrechte sind eine Voraussetzung für selbstorganisierten Widerstand in den Beschäftigungsstellen. Richtet zusätzlich regelmäßige regionale/lokale Ein-Euro-JobberInnen-Versammlungen ein!

- Wir rufen darüber hinaus alle Beschäftigten auf, jegliche Form von Widerstand ihrer Ein-Euro KollegInnen in den Betrieben zu unterstützen – aus Solidarität und zur Absicherung der verbleibenden sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse.
- Wir rufen dazu auf, hochrangige Kirchenvertreter, deren Beschäftigungsträger im Ein-Euro Job Geschäft mitmischen, während der Gottesdienste zu „besuchen“. Gemeindebriefe und begründete Kirchnaustritte verschärfen die ohnehin schon vorhandene interne Kontroverse.
- Wir rufen auf zur Teilnahme am **bundesweiten Aktionstag gegen die Beschäftigungs- und Koordinierungsstellen von Ein-Euro-Jobs am 20. Mai 05**. Dazu wollen wir regional bedeutende Beschäftigungsträger besuchen, belagern und besetzen. Insbesondere werden wir die „Zwischenhändler“ ins Visier nehmen, die im Auftrag der ARGE die Vergabe der Ein-Euro-Jobs koordinieren und das Profiling durchführen. Mit diesem Aktionstag wollen wir unsere Demütigung und unser Gefühl von Ohnmacht punktuell überwinden und mit unserer Wut sichtbar werden.

Wir fordern alle Einrichtungen auf: Beteiligt Euch nicht am Ein-Euro-Job Geschäft! *Wir wissen um die widersprüchliche Lage, in der sich viele Einrichtungen in Bezug auf die Einführung von Ein-Euro-Jobs wegen individueller Anfragen und Finanzierungsmangel befinden. Wir sehen jedoch in einem kollektiven Protest die einzige Möglichkeit, eine konkrete politische Absage an diese Zumutung (für ArbeitnehmerInnen und als ArbeitgeberInnen fungierende Träger) zu formulieren. Wer sich am Ein-Euro Jobprogramm beteiligt, gräbt sich langfristig selbst das Wasser ab! Ein fortschreitendes Unterhöhlen qualitativer Standards durch die Ausweitung von Ein-Euro Jobs legitimiert die Streichung weiterer Stellen und Fördergelder.*

- **Wir lehnen die neue Leitlinie der Arbeitsmarktreformer „Fordern statt Fördern“ und die damit verbundene unwürdige Verarmungspolitik grundsätzlich ab.**
- **Wir fordern ein bedingungsloses Grundeinkommen für ein würdiges Leben. Dieses müssen wir uns nicht erst verdienen!**
- **Ein-Euro-Kopfgeldjäger stoppen!**

Initiative Agenturschluss
(www.labournet.de/agenturschluss)

SCHWARZE SCHAFE GESUCHT

LabourNet Germany und Aktion Agenturschluss suchen schwarze Schafe – dies sind Beschäftigungsträger, Wohlfahrtsverbände, Schulen, Initiativen und Einrichtungen des sozialen Hilfesystems usw., die 1-Euro-ZwangsdienstlerInnen (Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung) beantragen und beschäftigen. Sie werden in Form einer Liste der „schwarzen Schafe“ im Internet bei www.labournet.de veröffentlicht, um a) die Informationen zusammenzutragen, b) damit die Grundlage zu schaffen für „1-Euro-Job-Spaziergänge“, andere Proteste sowie die geplanten Umfragen als Recherche- und Interventionsinstrument, sowie c) um durch die öffentliche Form der Rufschädigung bzw. moralischen Vorführung an die Beschäftigungsträger bzw. Ihre Personal-/Betriebsräte zu appellieren.

Die Aktion „Schwarze Schafe“ wird den entsprechenden Leuten sicherlich nicht gefallen. Wir brauchen daher zu unserer rechtlichen Absicherung einen Nachweis für die Eintragungen. Also bitte einen Zeitungsartikel oder ein Anschreiben von der Agentur (bitte anonymisieren!!!!) auf den Server als pdf-Datei stellen (siehe die Gebrauchsanweisung) oder faxt die Infos: Fax: 0234-3254143

Schaut nach unter:
www.labournet.de/agenturschluss



Wir sind gespannt!

Interview mit Ilka von Agenturschluss zum 3. Januar 2005 und zur Fortsetzung von Agenturschluss gegen Ein-Euro-Jobs

Was hat die Mobilisierung gegen die OrganisatorInnen von Ein-Euro-Jobs mit der Aktion Agenturschluss zu tun?

Die bundesweiten Aktionen gegen Hartz IV vor und in den Arbeitsämtern am 3. Januar waren quasi der Auftakt. Ich erinnere mich noch an ein Interview im Dezember letzten Jahres, in der die Redaktionsleiterin der »Financial Times Deutschland« sagte: „Hartz IV ist der notwendige Tritt in den Arsch der Arbeitslosen“. Es ging also mit dem Agenturschluss-Auftakt darum, gleich am ersten Hartz IV Tag „zurückzutreten“ und die Umsetzung dieses sozialen Angriffs scharf zurückzuweisen. Uns war klar, dass die Auseinandersetzung nicht bei einer einzigen symbolischen Aktion stehen bleiben kann. Die meisten der 80 beteiligten Städte wollten weiter an dem Thema Widerstand gegen die praktische Umsetzung von Hartz IV dranbleiben.

Die mit Hartz IV deutlich verschärfte Zurichtung nach dem „Workfare-Prinzip“ – keine soziale Hilfeleistung ohne

Gegenleistung wird mit dem Zwang zum Ein-Euro Job auf die Spitze getrieben. Deswegen wollen wir genau da ansetzen.

Einige der Agenturschluss AktivistInnen waren offenbar enttäuscht darüber, dass die spontane Beteiligung der nicht-organisierten Arbeitslosen an den Protesten am 3. Januar recht gering ausfiel. Glaubte Ihr, mit den Ein-Euro-JobberInnen wird das anders sein?

Ich bin überrascht, dass tatsächlich so manch eine(r) geglaubt hat, dass nun zehntausende von Arbeitslosen ihre Angst und Verunsicherung ad hoc verlieren würden. Ich fand diese Erwartungen völlig überzogen und entgegen unserer bisherigen Erfahrungen. Solche Allianzen entstehen nicht aus dem Nichts. Wenn wir bedenken, dass 2003 trotz der ersten Hartz-Konkretisierungen die sozialen Proteste noch völlig unterbelichtet waren, dann finde ich die Zurückhaltung bei Belagerungs- und Besetzungsaktionen inklusive massivem

Polizeiaufgebot nicht so erstaunlich. Natürlich wären wir angenehm überrascht gewesen, wenn es noch mehr als Sympathiebekundungen und persönliche Erfahrungsberichte vom Arbeitsamt am offenen Mikrofon gegeben hätte, aber sowas geht nur über etwas mehr Vertrauen. Bei den Ein-Euro-JobberInnen ist das nicht anders. Gerade in der Anfangsphase wird der Versuch, die Selbstorganisation zu unterstützen, schwierig sein. Umgekehrt haben sich in einigen Städten kleine Treffs von Ein-Euro-JobberInnen gebildet, die ihre Erfahrungen anonym an Sozialforen und andere politische Gruppen weiterreichen. In diesem Zusammenhang kann unsere anonyme Umfrage hilfreich sein.

Der bundesweite Aktionstag am 20. Mai richtet sich gegen die Ein-Euro-Kopfgeldjäger. Was für Aktionen könnt Ihr Euch konkret vorstellen?

Bereits jetzt gab es ja schon mehrere Aktionen – so zum Beispiel die Be-

setzung der AWO in Berlin. Um genauer hinter die Kulissen zu blicken, gab es in mehreren Städten „Recherche-Spaziergänge“ zu Ein-Euro-Jobs Einsatzstellen. Hier genügen kleinere Gruppen von 5-10 Personen, um durch Befragung der Ein-Euro JobberInnen und deren KollegInnen wichtige Details rauszukriegen. Die Geschäftsführung reagierte häufig sehr empfindlich auf diese wenig aufwendige Form der politischen Untersuchungsarbeit.

Für den Aktionstag selbst planen die meisten mir bekannten Gruppen direkte Aktionen gegen die Zwischenhändler und die großen Beschäftigungsstellen von Ein-Euro Jobs. Ich glaube, wir sollten dabei insbesondere die Träger angreifen, die eine koordinierende Funktion im Auftrag der ARGE bzw. der Kommune übernehmen, das Profiling und die Weitervermittlung machen und darüber den Großteil der Kopfpauschale absahnen. Das Perfide ist ja, dass diese Zwischenhändler häufig vorgeben, nichts mit der Zwangszuweisung zu tun zu haben. Der Zwang zur Ein-Euro-Jobberei werde ausschließlich von der Arbeitsagentur ausgeübt. Hier sollte man sehr wohl beide der arbeitsteilig kooperierenden Partner ins Visier nehmen. Von einer genauen Untersuchung solcher Institutionen durch größere Gruppen kritischer InspekturInnen bis hin zu deren Besetzung sind die verschiedensten Aktionen denkbar. Hier entscheiden Wut und Phantasie der regionalen Gruppen über die Form des Widerstands.

Wenn ich lese, dass der katholische Sozialdienst Caritas in direkter Absprache mit dem Bundeswirtschaftsministerium zentrale Agenturen plant, um noch deutlich mehr Menschen in diesen Niedriglohnsektor zu drängen, dann halte ich es auch für gerechtfertigt, die verantwortlichen regionalen Kirchenoberhäupter während ihrer Predigt mit dieser unwürdigen Praxis zu konfrontieren. „Proletarische Umzüge“ nach italienischem Vorbild können deutlich machen, dass die Verantwortung für das Mitmischen im lukrativen Ein-Euro-Geschäft nicht nur eine institutionelle, sondern – für die Entscheidungsträger direkt erfahrbar – auch eine höchst persönliche ist. Wir sind gespannt!



Bild: Cellox/Haltestelle Arbeitsamt Oberhausen/2004

SOFORT!

Sofort-Maßnahmen gegen die schlimmsten Auswirkungen von Hartz IV

Für ein Gesetzgebungsverfahren zur Sicherung des Lebensunterhalts der Erwerbslosen

Wir fordern die Bundesregierung, die Fraktionen des Deutschen Bundestages und den Bundesrat daher dringend auf, ein Gesetzgebungsverfahren einzuleiten, welches den im Folgenden genannten Forderungen der Erwerbslosen Rechnung trägt:

1. Die sofortige Erhöhung des Regelsatzes auf 634,- Euro ist für ein menschenwürdiges Leben unabdingbar notwendig.
2. Es darf keine Anrechnung der Leistungen für Kinder wie Kindergeld und Unterhalt auf die Regelsätze für den Lebensunterhalt der Erwachsenen erfolgen.
3. Es darf keine Anrechnung des Einkommens von Partnern oder Verwandten auf die Regelsätze der Erwerbslosen erfolgen.
4. Die Möglichkeit der Pflichtversicherung in der gesetzlichen Krankenkasse und der Pflegeversicherung für alle Erwerbslosen muss hergestellt werden.
5. Die Wiederherstellung der bis 1998 gültigen Regelungen für die Berechnung der künftigen Rente der ALG-II-Empfänger ist unerlässlich.
6. Schluss mit dem Annahmewang von untertariflich bezahlter Arbeit!
7. Schluss mit der Erbenhaftung!
8. Schluss mit den Sanktionen gegen Erwerbslose durch die Mitarbeiter der Agentur für Arbeit u. Rechtssicherheit sowie Offenlegung der Dienstanweisungen für den Umgang der Mitarbeiter der Agentur für Arbeit mit den Erwerbslosen.

Beschluss des 5. bundesweiten Treffens der Sozialbündnisse, Organisatoren der Montagsdemonstrationen, Organisationen der sozialen Bewegung und von Vertretern der Gewerkschaften in Göttingen am 12. März 2005.

Abgelehnt!

Warum sich Organisationen weigern, Ein-Euro-Jobs einzurichten

Trotz Drängen der Arbeitsgemeinschaften (ARGE) und Kommunen (im Falle der Optionsregelung) lehnen es einige Einrichtungen öffentlich ab, Ein-Euro Jobs anzubieten. „Es gibt keinen einzigen guten arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Grund für 1-Euro-Zwangsdienste.“ Darauf weist die Sozialpolitische Opposition Hamburg (SoPo) hin und fordert dabei gleichzeitig Einrichtungen und Träger auf, sich diesem Zwangsprogramm zu verweigern: „Diese Zwangsmaßnahmen sind arbeitsmarktpolitisch Unsinn, und wer sich als Einrichtung an diesem Programm beteiligt, schaufelt sich auf Dauer sein eigenes Grab.“

Für die regulären Beschäftigungsverhältnisse sind die 1-Euro-Zwangsdienste eine permanente Bedrohung, selbst dort, wo sie nicht direkt eingeführt werden. Diese Zwangsdienste beinhalten ein ähnliches Erpressungspotenzial wie anderswo drohende Produktionsverlagerungen: Arbeit länger! Verzichtet auf Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Schicht- und Wochenendzulagen und Pausenregelungen!

Die SoPo wendet sich in diesem Zusammenhang auch gegen jede Illusion von Freiwilligkeit: Ob und welcher 1-Euro-Job genommen werden muss, entscheidet immer der Fallmanager, nicht der Erwerbslose. Und Träger, die 1-Euro-JobberInnen zugewiesen bekommen, müssen die auch nehmen. Der Umstand, dass so manchem Langzeiterwerbslosen eine gemeinnützige Tätigkeit durchaus willkommen sein mag, kann in unseren Augen kein Argument dafür sein, unter Druck von außen und aus ökonomischen Einrichtungsinteressen heraus sich an der Einführung eines flächendeckenden Lohndumpings und Zwangsdienstes zu beteiligen.

Aus Sicht der Wuppertaler Beratungsstelle Tacheles e.V. beteiligen sich die Träger von Ein-Euro Jobs an staatlich geförderter „Zwangsarbeit“, die zudem in den meisten Fällen rechtswidrig sein dürfte. Die derzeitige Behördenpraxis ist auch deshalb äußerst fragwürdig, weil Ein-Euro-Jobs nur im Rahmen von Eingliederungsvereinbarungen vergeben werden dürfen. Wegen der aktuellen Quasi-Arbeitsun-

fähigkeit der Arbeitsagenturen bleibt dies aber in den meisten Fällen aus.

Tacheles erklärt verbindlich, dass es bei ihnen keine Ein-Euro-Jobs geben wird. „Selbst wenn dies das Ende des bisherigen Tacheles bedeutet,“ erläutert der Vereinsvorsitzende Harald Thomé. „Wir können uns nicht auf der einen Seite für die Rechte der Betroffenen und gegen Zwangsarbeit einsetzen und auf der anderen Seite durch Einrichtung solcher Arbeitsdienste zu Mittägern werden. Wir kritisieren zudem die unreflektierte Haltung vieler Organisationen.“

Es ist wichtig, an dieser Stelle auf die Folgen einer Ablehnung des „Arbeitsangebotes“ hinzuweisen. Eine Weigerung führt zu sofortigen Leistungskürzungen von bis zu 30 % für drei Monate. Betroffenen unter 25 droht sogar die komplette Streichung ihres Geldes. Harald Thomé: „Mit solchen Methoden werden die Arbeitslosen, nicht aber die Arbeitslosigkeit bekämpft.“ Tacheles empfindet es als beschämend, mit welcher Blauäugigkeit sich andere soziale Organisationen, die doch ebenfalls den Anspruch erheben,

sich für sozial ausgegrenzte Mitbürger einzusetzen, an diesen Zwangsmaßnahmen beteiligen. Tacheles fordert die Arbeitsverwaltung auf, versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse für ALG II Berechtigte einzurichten und diese Möglichkeit den sozialen Einrichtungen auch anzubieten. Die sozialen Einrichtungen fordert der Verein auf, ihre Praxis hinsichtlich der Ein-Euro-Jobs zu überdenken und sich für die Einrichtung versicherungspflichtiger Arbeitsstellen einzusetzen.

Ein Zusammenschluss zahlreicher Initiativen in Göttingen weist darauf hin, dass die Bezeichnung „Job“ für die „Arbeitsgelegenheiten“ (Ein-Euro-Jobs) mehr als irreführend ist. Es handelt sich keineswegs um reguläre Arbeitsplätze, sondern um völlig entrechtete und entgarantierte Zwangsdienste. Der „Arbeitgeber“ soll der Agentur für Arbeit bzw. den Kommunen Fehlzeiten und etwaiges „Fehlverhalten“ der 1-Euro-Zwangsverpflichteten melden, damit dann von dort die entsprechenden Sanktionen verhängt werden können. Damit wird nicht nur jede Möglichkeit

verbaut, sich gegen Schikanen und Ungerechtigkeiten zu wehren, selbst das Einfordern von Arbeitsschutzvorkehrungen oder Qualifizierungszeiten kann dadurch zu einem Drahtseilakt werden.

Gerade die kleineren Vereine und Einrichtungen sind ständig von Einsparungen und Streichungen bedroht, die für viele das Ende bedeuten könnten. Wir wissen, dass viele bislang gezwungen waren, ihre gesellschaftlich wichtige Arbeit durch unkontinuierliche ABMs und BSHG-Stellen zu sichern. Wir wissen, dass im Einzelfall ein solcher Ein-Euro-Job als einzige Möglichkeit für dringend benötigtes Geld erscheinen kann. Und wir wissen: Es gibt kein wahres Leben im falschen. Aber jetzt ist der Zeitpunkt und die Chance für ein gemeinsames Handeln gegen diese Entrechtung von Menschen ohne Arbeitsplatz, die vermutlich weitreichende Folgen auch für jetzt noch regulär Beschäftigte haben wird. Durch kollektive Verweigerung wollen wir die Einführung dieser entrechteten Arbeitsdienste verhindern.

FRAGEBOGEN

Anonyme Umfrage zum Arbeitsamt und zu Ein-Euro-Jobs

Die Dokumentationsstelle Hartz IV ist ein unabhängiges Projekt von *LabourNet Germany, Tacheles e.V.*, der *Initiative Agenturschluss* und der *Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen und Sozialhilfeinitiativen e.V. (BAG-SHI)*.

Wir arbeiten nicht mit der Bundesagentur für Arbeit zusammen! Im Gegenteil Wir wollen die Praxis von Hartz IV kritisch begleiten. Wir wollen wissen, was auf den Ämtern läuft, wie die Leute bei den Ein Euro Jobs behandelt werden. Wir wollen alles wissen! Alle Arbeitsämter, ihre „Fallmanager“, die „Ein-Euro-Job“-Einsatzstellen und deren Verantwortliche werden wir einem kritischen „Kundencheck“ unterziehen. Bitte helfen Sie mit – Ihre anonymen Angaben werden vertraulich behandelt! Den Fragebogen bitte heraustrennen u. *ohne Absender* per Post an:

Dokumentationsstelle Hartz IV
c/o Wuppertaler Sozialforum
Markomannenstr. 3
42105 Wuppertal

Oder füllen Sie ihn im Internet aus:
www.labournet.de/agenturschluss/fragebogen.html

1. Seit wann sind Sie arbeitslos?

seit _____ Monat(en)
 bzw. seit _____ Jahren

2. In welcher Arbeitsagentur sind Sie arbeitslos gemeldet?

3. Wie alt sind Sie?

unter 25 Jahre
 zwischen 25 und 58 Jahren
 über 58 Jahre

4. Haben Sie sich vor dem Gang zum Arbeitsamt informiert oder beraten lassen?

Ja, bei: _____

 Nein

5. Wie wurden Sie bislang auf dem Arbeitsamt/der ARGE behandelt?

- *Haben Sie die Beratung als kompetent empfunden?*
 Ja
 Nein
 kann ich/möchte ich nicht beurteilen
- *Hatten Sie das Gefühl, ... (mehrere Antworten möglich)*
 freundlich und hilfsbereit behandelt worden zu sein
 als Person ernst genommen zu werden
 als KundIn mit einem berechtigtem Anliegen behandelt zu werden
 herablassend behandelt worden zu sein
 einen Überblick über die verschiedenen Möglichkeiten bekommen zu haben
 dass man Ihre Eigeninitiative (Arbeitssuche, Ehrenamt etc.) respektiert und unterstützt
 selbst Schuld an der Arbeitslosigkeit zu sein
 kann ich/möchte ich nicht beurteilen

• *Gab es Schwierigkeiten?*

Nein
 Ja | Falls ja, in welcher Form?

• *Wurde Ihnen mit Zwangsmaßnahmen (Sperrung o.ä.) gedroht?*

Nein
 Ja | Falls ja, in welcher Form?

6. Wurde ein „Profiling“ (Abfrage Ihrer Kenntnisse, Berufserfahrung, ...) gemacht?

Nein
 Ja | Falls ja, durch wen?
 Arbeitsagentur/FallmanagerIn
 Beschäftigungsträger

• *Falls ja, wie haben Sie das Profiling empfunden?*

sehr intensiv und ausführlich
 ausreichend
 zu oberflächlich und kurz
 es war kein individuelles Profiling, sondern eine Gruppenveranstaltung
 kann ich nicht beurteilen

7. Eingliederungsvereinbarung

Mit der Hartz-Reform wurde versprochen, dass durch intensivere Betreuung von Arbeitslosen passgenaue, individuelle Lösungen gefunden werden sollten.

• *Wurde mit Ihnen eine Eingliederungsvereinbarung abgeschlossen?*

Nein (fahren Sie bitte bei Frage 8 fort!)
 Ja

• *Falls ja, wurden Sie nach Ihren Vorstellungen, Wünschen und Zielen gefragt?*

Nein
 Ja | Falls ja, wurde darauf auch eingegangen?

Ja
 Nein | Falls Nein, warum nicht

• *Konnten Sie gemeinsam mit Ihrem/Ihrer FallmanagerIn eine individuelle Lösung finden?*

Ja
 Nein

• *Wurden Sie über die rechtlichen Folgen der Eingliederungsvereinbarung aufgeklärt?*

Ja
 Nein

• *Hatten Sie das Gefühl, dass Ihnen etwas aufgedrängt wurde?*

Ja
 Nein

• *Mit welchen Maßnahmen wird die Arbeitsagentur Sie fördern?*

• *Im Gegenzug müssen Sie sich zu folgendem verpflichten:*

8. Wurden Ihnen Qualifizierungsmaßnahmen (außer Bewerbungstraining) angeboten?

Nein, wurde nicht angeboten
 Nein, war nicht nötig
 Ja | Falls Ja, welche?

Mit Bildungsgutschein?

Ja
 Nein

9. Wurde Ihnen eine Tätigkeit/Arbeitsstelle angeboten?

Nein, wurde nicht angeboten (fahren Sie bitte fort mit Frage 12)
 reguläre Arbeit im 1. Arbeitsmarkt (bitte weiter zu Frage 11)
 Beschäftigungsmaßnahme (bitte weiter zu Frage 11)
 PSA/Leiharbeit (bitte weiter zu Frage 11)
 ABM (bitte weiter zu Frage 11)
 keine genaue Angabe, nur Verweis auf Beschäftigungsstelle (bitte weiter zu Frage 11)
 eine Arbeitsgelegenheit – 1-€-Job (füllen Sie bitte die Zusatzfrage 10 aus)

10. Fragen zu 1-€-Jobs (Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandentschädigung)

• *Bei welchem Beschäftigungsträger/Beschäftigungsgesellschaft wurde Ihnen der 1-€-Job angeboten?*

• *Handelt es sich dabei um einen privaten oder öffentlichen Träger:*

privater Träger
 öffentlicher Träger
 kann ich nicht beurteilen

• *Wo arbeiten Sie genau?*

• *Wissen Sie, ob Sie weiterverliehen wurden?*

ja, ich wurde verliehen bzw. soll es werden
 nein, ich wurde nicht verliehen
 weiß ich nicht

• *Wurde Ihnen eine Übernahme in Aussicht gestellt?*

ja
 nein, noch nicht
 nein, ausdrücklich nicht

• *Was für eine Tätigkeit verrichten Sie?*

• *Hat jemand anderes diese Tätigkeit vorher verübt?*

Weiß ich nicht
 Nein
 Ja, die Stelle war vorher besetzt durch:
 angestellte Kraft
 ABM-Stelle
 Honorarkraft
 1-€-Kraft
 weiß ich nicht

• *Gab es auf der Arbeitsstelle eine Einweisung in den Arbeits- und Unfallschutz?*

Ja
 Nein

• *Wie hoch ist Ihre Mehraufwandentschädigung?*

_____ € je Stunde

• *Wie hoch sind Ihre monatlichen Fahrtkosten?*

_____ € je Monat

• *Bekommen Sie Fahrgeld zur Mehraufwandentschädigung?*

Nein, ich bekomme kein Fahrgeld
 Ja, der Betrag ist aber in der Mehraufwandentschädigung enthalten
 Ja ich bekomme zusätzlich _____ € je Monat

• *Haben Sie durch Ihren 1-€-Job zusätzliche Kosten (z.B. für Arbeitskleidung)?*

Nein
 Ja ich habe monatlich zusätzliche Kosten in Höhe von _____ €

• *Wie viele Stunden arbeiten Sie durchschnittlich pro Woche in diesem 1-€-Job?*

_____ Stunden pro Woche

• *Erhalten Sie eine Qualifizierung, also mehr als eine Einweisung in den Job?*

Nein
 Ja | Falls Ja, bewerten Sie diese (in Schulnoten von 1 bis 6)
 1, 2, 3, 4, 5, 6

• *Wie werden Sie von ihren regulär angestellten „ArbeitskollegInnen“ behandelt?*

Eher kollegial und gleichberechtigt
 Eher gleichgültig und abweisend

• *Wer weist Sie an und beaufsichtigt Ihre Arbeit?*

Beschäftigungsträger
 direkte Vorgesetzte am Einsatzort

• *Macht man Ihnen Schwierigkeiten bei Krankmeldungen?*

Noch keine Erfahrung gemacht
 Nein
 Ja, und zwar: _____

• *Hat der Betriebsrat bzw. der Personalrat Ihrer Einstellung zugestimmt?*

Nein
 Ja
 weiß ich nicht

• *Unterstützt der Betriebsrat bzw. Personalrat Sie bei Problemen am Arbeitsplatz?*

Ja
 Nein
 Noch keine Erfahrung gemacht
 Es gibt keinen Betriebsrat/Personalrat

11. Entsprachen die Arbeitsangebote Ihren Vorstellungen...?

Bewerten Sie in Schulnoten von 1 bis 6

Hinsichtlich Ihrer Berufsqualifikation?

1, 2, 3, 4, 5, 6

Hinsichtlich der Bezahlung?

1, 2, 3, 4, 5, 6

Hinsichtlich des Anfahrtswegs zur Arbeit?

1, 2, 3, 4, 5, 6

12. Was hätte Ihnen bei Ihrem Termin auf dem Arbeitsamt geholfen?

- eine befreundete Person, die Sie begleitet
- eine unabhängige, vorherige Rechtsberatung, für die Datenschutz gilt
- ein Rechtsanwalt
- etwas anderes, nämlich _____

Interessante Zusatzfragen

a. Was hat sich mit der Arbeitsmarktreform der AGENDA 2010 ganz konkret für Sie geändert?

b. Was würden Sie anders machen, wenn Sie Leiter des Arbeitsamtes wären?

c. Was halten Sie von der Idee eines Existenzgeldes (also einem komfortablen Grundeinkommen, das JEDER und JEDEM unabhängig von einer Erwerbstätigkeit zusteht)?

d. In welchen Bereichen würden Sie sich gern betätigen, wenn es ein solches Existenzgeld gäbe, das Sie dann vom Zwang zur Arbeit entbindet?

e. Haben Sie weitere Anmerkungen/Informationen, die wir wissen sollten?

Vielen Dank für Ihre Mithilfe!

Jede Agentur braucht ihre Agenten Von England lernen...

Die Bundesanstalt für Arbeit wurde nach dem Vorbild der britischen *job centre* umgebaut. Diese Umstrukturierung provozierte in Großbritannien Kämpfe der dort Beschäftigten, die sich im April 2002 zum längsten Streik im Öffentlichen Dienst in den letzten zwanzig Jahren ausweiteten.

In den Mobilisierungen gegen die Umsetzung von Hartz IV fehlen oft die Arbeitsamts-Angestellten. Die 90.000 Beschäftigten der alten Arbeitsämter hatten es früher nicht nötig, auf die Straße zu gehen, sie konnten mit *Dienst nach Vorschrift* noch jede Umstrukturierung verhindern. Diese Erfüllungsgehilfen des Sozialstaats, die zuletzt noch für einen enormen Anstieg der Sperrzeiten sorgten, sollen jedoch Hartz nicht nur umsetzen. Ihre eigenen Arbeitsbedingungen werden zugleich – wie durch keine vergleichbare Umstrukturierung – angegriffen. Dass die Umsetzung nicht so reibungslos abläuft, wie die Bundesregierung tönt, ist mittlerweile offensichtlich. Z.B. in Wuppertal haben in den ersten Monaten von Hartz IV fast 50 % der ARGE-Angestellten krankgefeiert, nur 3 von 77 vorgesehenen „Fallmanagern“ hatten bis März 2005 ihre „Arbeit“ angetreten. Die Personalräte schreiben schon Bitt- und Klagebriefe an Minister Clement.

Hartz I-III haben die 180 Arbeitsämter in Agenturen und die Landesarbeitsämter in Regionaldirektionen verwandelt, sie haben Zuständigkeiten, Strukturen und Entscheidungskompetenzen geändert. Dann wurden viele Agenturen für Hartz IV umgebaut. Die *job centre* bekamen für die ALG II-BezieherInnen eigene Eingänge und Wachpersonal. Zur Umsetzung wurden 2 000 Leute der Telekom-Beschäftigungsgesellschaft Vivoto in den Osten geschickt, auch im Westen reichte das eigene Personal nicht. Abteilungen wurden aufgelöst und neue Teams gebildet, niemand wusste, wo er/sie in den nächsten Monaten arbeiten wird. Auf diese Unsicherheit reagierten die unteren und mittleren Ebenen wie gewohnt individuell: Dienst nach Vorschrift und enorm hoher Krankenstand. Aber die – häufig ausgetauschten – Führungskräfte ziehen es durch: Hartz IV kommt!

Der Superminister Clement zeigte sich im Frühjahr 2003 bei seinem Besuch eines britischen *job centre* begeistert von deren »Effektivität«. Effektivität auf Deutsch: im Musterbezirk Streatham kommen auf 1.300 Vermittlungen 850 (sechsmonatige!) Sperrzeiten jährlich. In Britannien arbeiten mittlerweile fast 40 Prozent der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst für einen Bruttolohn von weniger als 15.000 Pfund im Jahr. Damit gehören zwei Fünftel der Angestellten und Beamten der britischen Regierung selbst zu den *working poor*, den arbeitenden Armen. Auch in Britannien sorgte die »Reform« vor allen Dingen dafür, dass Hunderttausende Menschen schlicht und einfach aus dem Bezug rausgedrängt wurden. Zusätzlich wurden durch diverse statistische Tricks und Neudefinitionen die offiziellen Arbeitslosenzahlen niedrig gerechnet. Ähnlich versuchte Clement sich seine Belege für den Erfolg der »Reform« zurechtzuzimmern: *Arbeitsgelegenheiten mit Mehrauf-*

wandsentschädigung (Ein-Euro-Jobs) sollen die Statistik um 600 000 senken. Zur Seite springen ihm – wie in Großbritannien – die karitativen und sozialen Wohlfahrtsverbände. Nach dem ersten Aufschrei über den massiven Angriff auf ihre Klientel haben sie schnell begriffen, dass sie in Zukunft noch mehr gebraucht werden – und dass ihnen Hartz IV massenhaft BilligarbeiterInnen in die Hände treibt!

Können wir uns vorstellen, dass deutsche Beamte und Angestellte des Öffentlichen Dienstes sich mit den immer noch andauernden Montagsdemos, mit Agenturschluss solidarisieren? selber teilnehmen? gar gegen die »Reform« streiken? Während in Großbritannien die Grenze zwischen den KundInnen und Angestellten der *job centres* verschwamm (und auch tatsächlich häufig Ex-Arbeitslose eingestellt wurden), begreifen sich viele SachbearbeiterInnen der Arbeitsagenturen noch immer als ausführende Staatsorgane. Die bekannten Geschichten über Willkür und behördlichen Sadismus erleben in

der bisherigen Hartz-Umsetzung ihre Fortführung und gewollte Zuspitzung.

Die repressive *workfare*-Politik konfrontiert die Beschäftigten nicht nur unmittelbar mit ihren »KundInnen« und zwingt sie – über den Umweg der Sorgen um die eigene Sicherheit – damit, sich mit den Folgen der eigenen Arbeit auseinander zu setzen. Auch die Bewegung gegen die Hartz-Umsetzung, wie beispielsweise die Kampagne »Agenturschluss«, zwingt die SachbearbeiterInnen, sich mit ihrer repressiven Funktion auseinander zu setzen. Außerdem verschlechtern sich ihre eigenen Bedingungen auch ganz unmittelbar. Aber ob sie gemeinsam dagegen kämpfen, hängt letztendlich von der Entscheidung ab, Täter im Namen des Staates oder Lohnabhängige zu sein. Zweiteres würde tendenziell eine Institution infrage stellen, deren repressive Funktion die Spaltung in »Angestellte« und »Kunden« voraussetzt.

Widerstand gegen Workfare in England

Gegen Schnüffler

Die sogenannten *Claimants' Unions* [Arbeitslosen-Gewerkschaften] führten mit anderen Gruppen zusammen u.a. eine erfolgreiche Kampagne gegen Sozialamts-schnüffler durch, die alleinerziehende Mütter und andere alleinstehende Frauen schikanieren, die verdächtigt wurden, nicht allein zu wohnen. Wenn die Schnüffler bei diesen Frauen vorbeischauten, wurden sie von Unterstützern von der *Claimants' Union* begrüßt, die dann die Schnüffler verhörten und diese Gespräche auf Band aufnahmen. Die erfolgreicher Interventionen dieser Art kamen durch die Zusammenarbeit von *Claimants' Unions*

und SachbearbeiterInnen zustande, die den *Claimants' Unions* Bescheid sagten, wenn Besuche anstanden.

»Three strikes«

Auf einer Konferenz im Mai 1996 wurde eine landesweite Kampagne unter dem Motto »*Three strikes and you're out*« (»Drei Schläge und du bist draußen«) gegen über-eifrige SachbearbeiterInnen vorgeschlagen. JedeR Employment-Service-SachbearbeiterIn, die permanent wegen Schikanen gegen AntragstellerInnen auffällt, sollte zwei schriftliche Verwarnungen erhalten. Werden diese nicht beachtet, wird ein Foto der Person als Plakat gedruckt, auf dem steht, was sie getan hat; das wird dann in der Gegend plakatiert. Diese Idee hat eine verständliche Anziehungskraft; jeder, der sich schon mal arbeitslos gemeldet hat, kennt Beschäftigte auf den Ämtern, die den Arbeitslosen das Leben schwerzumachen versuchen. Brightoner AktivistInnen schlugen eine andere Strategie vor: Wenn eine Sanktion verhängt wurde, sollte eine Telefonkette von AntragstellerInnen aktiviert werden, die dann zum JobCentre kommen und es besetzen, bis die Amtsleitung die Sanktion zurücknimmt. Das legte den Schwerpunkt ausdrücklich auf die Amtsleitung und sollte statt einer kleinen Gruppe mit Kamera eher eine Menschenmenge mobilisieren.

Der Streik der SachbearbeiterInnen

Die *Job Seekers Allowance* (JSA) entstand im Oktober 1996 aus der Zusammenlegung von *Unemployment Benefit* [Arbeitslosengeld] (aus Beiträgen finanziert und vom bisherigen Einkommen abhängig) und *Income Support* [Sozialhilfe] (nach einer Bedürftigkeitsprüfung). Im Winter 1995/96 rief die Gewerkschaft der Arbeits- und Sozialamtsbeschäftigten zum Streik gegen den Leistungslohn in den JobCentres auf. Der Streik richtete sich nicht gegen die JSA als solche, aber viele SachbearbeiterInnen wollten nicht mehr »Leistung« bringen, wenn das hieß, die AntragstellerInnen zu schikanieren. Durch den Streik gelang es ihnen, die Umsetzung der JSA zu stören und um mehr als drei Monate zu verzögern.

Kontroverser war der Streik der Benefit Agency-Beschäftigten im August 1996. Sie streikten dagegen, dass sie im Rahmen der JSA nicht mehr in den DSS-Büros [Department of Social Security: Sozialamt], sondern in den JobCentres arbeiten sollten, diese aber nicht mit Sicherheits-Trennscheiben ausgerüstet waren. Viele der Basis-Gruppen und sogar einige Gewerkschafter wollten den Streik nicht unterstützen: Die Forderung nach Trennscheiben lege nahe, dass die AntragstellerInnen die Feinde der SachbearbeiterInnen wären – keine normalen Menschen, sondern messerschwingende Ver-rückte.

Gekürzt aus: Wildcat 71, Herbst 2004

Dienst nach Vorschrift und enorm hoher Krankenstand

TERMINE



23. April 2005
Berliner-LIDL-Aktionstag
Treffpunkt in Berlin: 12.00 Uhr
Frankfurter-Tor

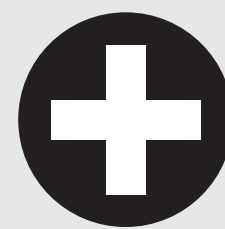
1. Mai 2005
1. Mai-Demonstrationen, Euromayday in Hamburg, Autonome Demos in Berlin, Nürnberg, Wuppertal,...

5.- 8. Mai 2005
Buko-Kongress in Hamburg
Forum A: Arbeit, Migration und Subjektivität
Weitere Informationen unter:
www.buko.info

20. Mai 2005
Bundesweiter Aktionstag gegen Ein-Euro-Jobs



ERSTE HILFE



Ein Bundesweites Adressverzeichnis von Beratungsstellen, AnwältInnen und Initiativen zum Arbeitslosen- und Sozialhilferecht findet Ihr unter:

www.tacheles-sozialhilfe.de

Weitere hilfreiche und informative Seiten:

www.labournet.de
www.chefduzen.de
www.bagshi.de
www.andersarbeiten.de
www.w-forum.org
www.soziale-bewegung.de

IMPRESSUM

VisdP: Lutz Wehring
Markomannenstr. 3
42105 Wuppertal



Bild: Cellox/Vorübergehende Schließung des Arbeitsamtes in Gelsenkirchen/2004